

## Argumente gegen die Bündner NFA

Die Bündner NFA sieht einen neuen Finanzausgleich zwischen Kanton Graubünden und den Gemeinden sowie damit verbunden eine neue Aufgabenteilung vor. Die Bündner NFA möchte insgesamt 57 staatliche Aufgaben möglichst entflechten und sie entweder dem Kanton oder den Gemeinden zuteilen. Die entsprechende Ebene bekommt die Mittel in Zukunft ohne klare Rahmenvorgaben und hat im Gegensatz zu den heutigen zweckgebundenen Mitteln damit grossen Handlungsspielraum.

Mehr als die Hälfte der Aufgaben, welche entflochten werden sollen, betreffen den Bildungs- und Sozialbereich. Die Bündner NFA ist in erster Linie eine Bildungs- und Sozialvorlage. Aufgaben, die für die Bündner Bevölkerung von grosser Bedeutung sind, sollen neu zu den einzelnen Gemeinden verschoben werden. Dazu gehören weitgehend Kindergarten und Volksschule (1. – 9. Klasse), schulische Unterstützung und Therapien für Kinder mit besonderem Förderbedarf, die Sozialberatung der Regionalen Sozialdienste und vieles mehr. 79 Prozent der Bündner Gemeinden haben weniger als 1'000 Einwohner/innen. Vielen fehlen die Ressourcen, die Erfahrungen und die Leistungskraft um diese sensiblen Aufgaben professionell erfüllen zu können.

Alle wesentlichen Fach- und Berufsorganisationen des Bildungs- und Sozialbereiches lehnen die Bündner NFA aus diesem Grund ab und haben sich im Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘ zusammengeschlossen. Wir sind überzeugt, dass es negative Auswirkungen auf den Zugang und die Qualität zentraler staatlicher Aufgaben hat, wenn jede Gemeinde diese für sich selbst regeln muss. Wenn die Gemeinden ihre neuen Handlungsspielräume nutzen und gleichzeitig unter Finanzdruck stehen, wird dies sehr schnell zu grossen Unterschieden im Zugang, dem Angebot und der Qualität der Volksschule und des Sozialen führen.

Das Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘ ist überzeugt, dass dieser Ansatz falsch ist und empfiehlt den Stimmberechtigten deshalb am 07. März 2010 ein NEIN in die Urne zu legen und damit die Chance auf eine Verbesserung der Vorlage zu packen.

## **Warum wurde die Bündner NFA überhaupt lanciert?**

Der bisherige Finanzausgleich ist historisch gewachsen und setzt bisweilen negative Anreize, beispielsweise indem er teils sinnvolle Gemeindefusionen behindert. Immer wieder zeigt sich in der Argumentation der Befürworter denn auch, dass es eigentlich vor allem darum geht, die Gemeindestrukturen im Kanton Graubünden zu verändern. Unabhängig davon ob dies sinnvoll und notwendig ist, der Weg ist ganz klar falsch. Es kann nicht sein, dass man den Gemeinden sensible Aufgaben wie die Volksschule und das Soziale zuschiebt und hofft, sie auf diesem Weg der Überforderung zu Fusionen nötigen zu können. Es kann nicht sein, dass dies so auf Kosten der Bevölkerung erfolgt, denn besonders Familien, Kinder, Behinderte und Bedürftige werden die Leidtragenden sein. Wenn die Regierung die Gemeindestrukturen verändern möchte, soll sie ehrlich sein und ein entsprechendes Gesetz in die Vernehmlassung schicken.

## Weshalb ignorierten die Politiker die Stimmen der Betroffenen?

Die Bündner NFA wird als Jahrhundertreform bezeichnet – 571 Blätter Papier machen aber noch kein Jahrhundertwerk. Die NFA wurde aber von Anfang an unsorgfältig und in horrendem Eiltempo aufgelegt. Den kritischen Stimmen des Bildungs- und Sozialbereiches wurde kaum Gehör geschenkt, dazu fehlte schlicht die Zeit. Jon Domenic Parolini, der Präsident der Leitkommission im Grossen Rat brachte es auf den Punkt: ‚Die KSS hat sich in den letzten Wochen und Monaten intensiv mit der Materie befasst. Diese Arbeit stellte auch eine sehr grosse Herausforderung für uns Milizparlamentarier dar. Wir haben uns einen Überblick verschaffen können, ohne aber alle Details und alle Aspekte dieser Vorlage intensiv diskutiert zu haben. Dazu fehlte uns einfach die Zeit.‘ (Zitat aus dem Wortlautprotokoll vom April 2009). Die Regierung und das Parlament ignorierten unter diesem Zeitdruck auch die Stimmen der Arbeitnehmenden wie der Arbeitgebenden sowie von Fach- und Selbsthilfeorganisationen weitgehend.

Wie ist das möglich?

Die Bündner NFA wurde von einer Projektgruppe im Departement für Finanzen und Gemeinden entworfen. Die wichtigsten betroffenen Amtstellenleiter waren in dieser Projektgruppe nicht vertreten, sondern bloss die Departementsekretäre. Gemäss Medienmitteilung der Regierung stiess die Bündner NFA insbesondere im Bildungs- und Sozialbereich in den Stellungnahmen auf erhebliche Kritik, unter anderem weil sie an verschiedenen Orten gesetzliche Grundlagen und Rechtsgrundsätze verletzte.

Die Regierung überhörte jedoch dieses wichtige Signal inne zu halten und die Vorschläge zu überdenken, weil sie vorwärts machen wollte und einen ehrgeizigen Zeitplan vorgesehen hatte. So blieb kaum Zeit die Vernehmlassung auszuwerten, schon mussten Vorschläge für die Gesetzgebung erarbeitet werden. Die ärgsten Patzer wurden ausgemerzt, doch für grundlegende Korrekturen blieb keine Zeit.

Die Botschaft der Regierung an den Grossen Rat (Parlament) wurde den Parlamentariern Mitte Februar 2009 zugestellt und am 20.02.2009 publik gemacht. Innerhalb von zwei Monaten musste die Botschaft von den Kommissionen im Milizparlament besprochen und dem Parlament Vorschläge unterbreitet werden. Pikanterweise haben sich die für den Bildungs- und Sozialbereich zuständigen Kommissionen zur Botschaft äusserst kritisch geäussert und zahlreiche Änderungsanträge gestellt, die praktisch alle von der Leitkommission und dann auch vom Rat abgelehnt wurden.

## **Welche negativen Auswirkungen hat die NFA auf Familien?**

Die Familie stellt eine der wichtigsten Grundformen der Gesellschaft dar, direkt gefolgt von der Gemeinde. Wir Menschen bewegen uns von der Kindheit über die Jugend zum Erwachsenenalter einerseits im Kreis der Familie, andererseits in der Gemeinde. Beides bietet Geborgenheit. In Familie und in der Gemeinde wähen wir uns sicher, tanken wir auf. Mit der Bündner NFA wird jedoch statt Geborgenheit, Unruhe einkehren.

Als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden wir immer mehr auf Flexibilität und ständige Veränderung getrimmt. Der Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat gleichzeitig nicht nur bei Frauen deutlich zugenommen. Wie organisieren sich Elternteile, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leben wollen?

Eine Familie haben ist auch in Graubünden wie in der restlichen Schweiz immer noch eine Privatangelegenheit. Unterstützt wird lediglich durch Familienzulagen, Steuerabzüge, Stipendien, Leistungen der Mutterschaftsversicherung oder Bedarfsleistungen an Eltern zur Sicherung des Existenzminimums. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen ist davon direkt betroffen.

Nichtmonetäre Massnahmen zur Förderung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Beratungsdienste werden der privaten Initiative oder eben nach dem Prinzip der Subsidiarität den Gemeinden überlassen. Das Aufziehen von Kindern, das Jonglieren zwischen Haushaltsführung und Berufarbeit ist nicht möglich ohne geeignete Rahmenbedingungen, gerade am Wohn- und Lebensort der Familie, der Gemeinde. Mit der Bündner NFA kommen Aufgaben auf die Gemeinden zu, die alles andere als förderliche Rahmenbedingungen schaffen für partnerschaftliche Familienformen.

Wenn die Gemeinden dank Bündner NFA ihre neuen Handlungsspielräume nutzen und gleichzeitig unter Finanzdruck stehen, wird für Förderung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf weder Zeit noch Geld vorhanden sein. Die Teilung der Gesellschaft in Eltern und Kinderlose wird vorangetrieben, die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet.

Die Schaffung sowie der Erhalt eines familienfreundlichen Klimas mit einer qualitativ hochstehenden Volksschule und einem zeitgemässen, der elterlichen Erwerbsarbeit angepassten Kinderbetreuungsangebot vor Ort muss auf kommunaler Ebene jedoch zwingend sicher gestellt sein. Wir haben grosse Bedenken, dass dies über die Bündner NFA glücken wird – konkret zeigen wird sich dies in grossen Unterschieden im Zugang und der Qualität der Volksschule und des Sozialen. Es entsteht Ungleichheit, wo für alle gleiche Chancen bestehen sollten.

Statistiken zeigen, dass ein Einkommen je länger, je weniger ausreicht, um eine mittelständische Familie zu ernähren. Durch die demographische Entwicklung wird schätzungsweise ab 2012 auch Graubünden mit der Arbeitskräfteknappheit zu kämpfen haben. Dann spätestens kann auch Graubünden es sich nicht mehr leisten, auf gut ausgebildete Frauen zu verzichten. Gleichzeitig werden Massnahmen wie Teilzeitarbeit für Väter an Bedeutung gewinnen. Familie haben und einer Erwerbsarbeit nachgehen darf in Bündner Gemeinden nicht zum Nachteil werden.

Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘  
Postfach 668  
7001 Chur



Dabei sind eine gut organisierte Volksschule, Leistungen wie Sozialberatung oder auch die familienergänzende Kinderbetreuung wichtige Elemente. Diese dürfen nicht nach Willen und Finanzkraft einer Gemeinde oder Region verschieden ausgestaltet werden. Dies schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Lebensqualität in Graubünden und macht insbesondere Familien zu Verlierern.

Das Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘ ist überzeugt, dass dieser Ansatz falsch ist und empfiehlt den Stimmberechtigten deshalb am 07. März 2010 ein NEIN in die Urne zu legen und damit die Chance auf eine Verbesserung der Vorlage zu packen.

## **Welche negativen Auswirkungen hat die NFA auf Kinder und die Volksschule?**

Die Bündner NFA entzieht der Bündner Volksschule netto rund Fr. 30 Mio an zweckgebundenen Finanzen. Viele Bündner Gemeinden sind zu klein und zu finanzschwach, um die Zukunft erfolgreich anzugehen.

Das im Juni 2009 beschlossene Steuerpaket bringt den Bündner Gemeinden über 40 Mio. Mindereinnahmen. Auch diese müssen erst einmal verkraftet werden. Für die Volksschule wirkt sich dies verheerend aus. Wenn das Budget für die Volksschule nicht mehr ausreicht, müssen Abstriche gemacht werden, wird die Gemeinde gezwungen zu fusionieren. Dabei gehen jedoch x Jahre verloren – wie auch ein paar Jahrgänge unserer Kinder... Nur die Schulen zu fusionieren bringt wenig, da jeder Schulverband nur so finanzschwach ist wie sein schwächstes Mitglied. Zudem entzieht die Bündner NFA auch dem Schulbus ihre finanzielle Unterstützung.

Grundsätzlich wird die Volksschule in keiner Gemeinde in Frage gestellt. Auswirkungen wird die Bündner NFA jedoch in jenen Bereichen machen, die eine gute Qualität in der Bündner Schule sichern und einen geregelten Unterricht für alle Kinder zulassen:

- Bei der Unterstützung lernschwacher Kinder
- bei der Integration auffälliger, lernschwacher oder leicht behinderter Kinder in die Volksschule (wenn es nicht klappt, leiden alle Kinder der betroffenen Klasse)
- bei den Arbeitsbedingungen für die Lehrpersonen (Klassengrösse, Infrastruktur, etc).

Mit den Blockzeiten, Tagesstrukturen, mit dem Lehrplan 21 und anderen Schulreformen kommen neue Kosten und Aufgaben auf die Schule zu, die viele Gemeinden überfordern. Darunter leiden vor allem die Kinder, darunter leidet das gesamte Bildungssystem und schlussendlich auch der Kanton. Ein kluger Kanton gibt seine Verantwortung über die Volksschule nicht an die Gemeinden ab.

## **Welche negativen Auswirkungen hat die NFA auf Not leidende Bündner und Behinderte?**

Viele verschiedene Aufgaben im Sozialbereich sind von der Bündner NFA erheblich betroffen. So zum Beispiel die Sozialhilfe, die Mutterschaftsbeiträge, die Mütter- und Väterberatung, die familienergänzende Kinderbetreuung und die Sonderschulung. Im Wesentlichen ist es so, dass die Zuständigkeit für die wichtigsten Bereiche, zu denen die Bevölkerung Zugang hat, zu den Gemeinden übergeht.

- Wer möchte schon auf der eigenen Gemeinde in die Sozialberatung?
- Wie müssen sich Eltern fühlen, welche mit Gemeindebehörden um eine Therapie für ihr leicht behindertes Kind feilschen, währenddessen sie nur mit Fachleuten sprechen müssten, um es in ein Heim abschieben zu können.
- Wie kann eine Gemeinde eine vernünftige Finanzplanung machen, wenn sie im Sozialbereich plötzlich mit erheblichen, nicht beeinflussbaren Kosten konfrontiert wird, die sie neu weitgehend alleine zu tragen hat?

<u>Das heutige Sozialhilfemodell im Kanton Graubünden ist ein Erfolgsmodell</u>. Wir haben heute eine sehr niedrige Sozialhilfequote, den Betroffenen wird in allen Bündner Regionen mit höchster Professionalität aus ihrer misslichen Lage geholfen. Darüber hinaus sorgt ein ausgeklügelter Lastenausgleich dafür, dass die Menschen weitgehend vor Stigmatisierungen geschützt werden sowie gleichzeitig auf die Gemeinden in einer Art Versicherung keine übermässigen Kosten zukommen. In vielen deutschschweizer Kantonen könnten Bedürftige von solcher Unterstützung nur träumen. Aufgrund des stark ansteigenden Aufwandes seit den 90er Jahren haben sich eine Reihe weiterer Kantone das Bündner Modell zum Vorbild genommen und ebenfalls Schritte in Richtung Regionalisierung und Professionalisierung gemacht. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) sagt klar, dass eine kommunale Zuständigkeit in der Sozialhilfe diese Bemühungen behindert.

Der Kanton Graubünden möchte nun im Rahmen der NFA von seiner fortschrittlichen Sozialhilfepolitik abkehren und sich vom Musterknaben zum Sorgenkind wandeln.

<u>Kommunale Unterschiede im Therapieangebot für behinderte Kinder werden weiter vergrössert</u>. Bereits heute müssen Eltern von leicht behinderten Kindern für gewisse Therapieformen bei der Gemeinde um Kostenübernahme ersuchen. Der Kanton beteiligte sich bisher an den Kosten. Im Bereich der Sonderschulung und Therapien, die diese Kinder benötigen, teilen sich Kanton und Gemeinden die Kosten. Neu soll eine klare Trennlinie zwischen den so genannt ‚niederschweligen‘ und den ‚hochschweligen Massnahmen‘ gezogen werden. Ersteres soll gänzlich von den Gemeinden und letzteres vom Kanton übernommen werden. Dies wird ganz eindeutig dazu führen, dass die bereits heute bestehenden Unterschiede von Gemeinde zu Gemeinde noch grösser werden. Und für einige Gemeinden wird das Abdrängen der Betroffenen in ein Heim zu einem eigentlichen Finanzgewinn.

<b>Sonderpädagogische Angebote</b>		
	<b>Niederschwelliger Bereich</b>	<b>Hochschwelliger Bereich</b>
<b>aktuell</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Heilpädagogische Früherziehung</li> <li>▪ Logopädie</li> <li>▪ Psychomotoriktherapie</li> <li>▪ Legasthenietherapie</li> <li>▪ Dyskalkulietherapie</li> <li>▪ Kleinklasse</li> <li>▪ Integrierte Kleinklasse (IKK)</li> <li>▪ Andere Massnahmen (wie z.B. Rhythmik)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Heilpädagogische Früherziehung</li> <li>▪ Externe Sonderschulung</li> <li>▪ Interne Sonderschulung</li> <li>▪ Integrierte Sonderschulung (einschliesslich Integrationsberatung)</li> </ul> <p>sowie in schweren Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Logopädie</li> </ul>
<b>zukünftig</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Heilpädagogische Früherziehung</li> <li>▪ Präventive sonderpädagogische Unterstützung</li> <li>▪ Logopädie</li> <li>▪ Psychomotoriktherapie</li> <li>▪ Integrative Förderung (IF) als Nachfolgemodell von Kleinklasse, IKK, Legasthenie- und Dyskalkulietherapie, einschliesslich Begabtenförderung</li> <li>▪ Andere Massnahmen (wie z.B. Rhythmik)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Heilpädagogische Früherziehung</li> <li>▪ Integrierte Sonderschulung (einschliesslich Integrationsberatung)</li> <li>▪ Externe Sonderschulung</li> <li>▪ Interne Sonderschulung</li> </ul> <p>sowie in schweren Fällen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Logopädie</li> </ul>

## **Weshalb schwächt die Bündner NFA die demokratischen Volksrechte?**

Die Konzeption der Bündner NFA geht davon aus, dass alle Bündner Gemeinden leistungsstark und professionell geführt sind. Auf dieser Grundlage verteilt sie die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden, davon besonders im Bildungs- und Sozialbereich. Es ist nur eine logische Folge dieser realitätsfremden Übungsanlage, dass viele Gemeinden dabei unter die Räder kommen, weil sie mit Aufgaben zugedeckt werden, die sie nie und nimmer bewältigen können. Ihnen bleibt dann keine Wahl mehr. Sie werden gezwungen, sich zu neuen Gemeinde- und Zweckverbänden zusammenzuschliessen. Davon gibt es in Graubünden aber schon mehr als 400! Es besteht in den wenigsten dieser Verbände die Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme. Dies ist einer der Gründe, weshalb HarmoS in der Volksabstimmung gescheitert ist.

### **Welche Alternativen bestehen bei einem NEIN zur NFA?**

Bei einem NEIN zur Bündner NFA sind die Politiker gezwungen, endlich reinen Wein einzuschenken. Entweder möchten sie die Gemeindestrukturen verändern und ein entsprechendes Gesetz in die Vernehmlassung schicken; oder sie müssen die Bündner NFA so anpassen, dass die heutigen Gemeinden realistischerweise in der Lage sind die ihnen zugewiesenen Aufgaben ohne viele weitere Verbandslösungen zu bewältigen.

Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘  
Postfach 668  
7001 Chur



## Ein ‚NEIN zur Bündner NFA‘ in 30 Sekunden erklärt

Rund 75 Prozent der 186 Bündner Gemeinden haben weniger als 1'000 Einwohner. Die Bündner NFA möchte den Finanzausgleich und die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden radikal vereinfachen. Dabei werden sensible Bereiche wie die Volksschule und das Soziale weitgehend den Gemeinden zugeschoben. Diese sind jedoch in vielen Fällen zu klein und zu finanzschwach um diese Aufgaben professionell erfüllen zu können. Folge davon werden viele neue Zweck- und Gemeindeverbände sein, auf die das Volk kaum Einfluss nehmen kann. Graubünden ist mit mehr als 400 solcher Verbände heute schon überstrukturiert und braucht nicht mehr davon, sondern weniger! Deshalb NEIN zur Bündner NFA!

03.12.09 / Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘